

Brüssel, den 28. Februar 2003

## **ENTSCHLIESSUNG**

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

für die

**Frühjahrstagung des Europäischen Rates**

**am 21. März 2003**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner 397. Plenartagung (Sitzung vom 27. Februar 2003) mit 126 Stimmen bei einer Stimmenthaltung folgende EntschlieÙung:

Die Lissabon-Strategie ist ins Stocken geraten.

Aus dem Bericht der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates betreffend die Lissabon-Strategie zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung geht hervor, dass die Umsetzung der Strategie trotz einiger Fortschritte sehr schleppend verläuft. Angesichts des ins Stocken geratenen Lissabon-Prozesses (und damit des Ziels der EU, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen) kommt auch die EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, die auf der Verflechtung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte beruht, nicht voran. In dem

Bericht wird auf wachsende Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Strategie insgesamt hingewiesen.

Nach Ansicht des EWSA erfordert die Umsetzung der vom Europäischen Rat in Göteborg ergänzten Lissabon-Strategie ähnliche Anstrengungen wie zur Schaffung des Binnenmarktes und der einheitlichen Währung. Er fordert die Mitgliedstaaten, aber auch die Gemeinschaftsinstitutionen, Regionen, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft als Ganzes auf, sich wesentlich stärker für die Erreichung der Lissabon-Ziele einzusetzen und dazu detaillierte Fortschrittsberichte vorzulegen.

Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass die in Lissabon aufgestellten Ziele nach wie vor gültig und notwendig sind. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um das Vertrauen bei den Unionsbürgern wiederherzustellen und zu erreichen, dass sie mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Dazu bedarf es der Einbeziehung der Bürger sowie einer gerechteren Verteilung des durch die moderne Technik hervorgebrachten Wohlstandes und Mehrwertes.

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Göteborg ein neues Konzept für die Politikgestaltung eingeführt, das auf dem Grundsatz beruht, dass die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen aller Politikbereiche in koordinierter Weise geprüft und bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden sollen. Die Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Lissabon-Strategie stellt eine besondere Herausforderung dar, die bisher weder von den Gemeinschaftsinstitutionen noch von den Mitgliedstaaten gemeistert wurde.

Nach Auffassung des EWSA ist es gerade im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Klima umso wichtiger, dass die EU stärkere Signale aussendet, die die Bedeutung von Fortschritten bei der Verwirklichung der Lissabon-Ziele und der nachhaltigen Entwicklung unterstreichen.

Die neuen Mitgliedstaaten werden automatisch zu Partnern in der Lissabon-Strategie und der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, obwohl beide nicht Gegenstand der Gespräche über den gemeinschaftlichen Besitzstand waren. Aus Sicht des EWSA ist es besonders wichtig, den Beitrittsländern bei einer raschen Umsetzung der Strategie zu helfen.

## **WIRTSCHAFTLICHE LAGE**

Die wirtschaftliche Lage hat sich in den vergangenen zwei Jahren verschlechtert, und die derzeitigen internationalen Spannungen sind einem Aufschwung nicht zuträglich. Ohne ein starkes, dauerhaftes Wirtschaftswachstum wird es schwierig werden, die anderen in Lissabon vereinbarten Ziele zu erreichen. Der EWSA empfiehlt daher:

- eine bessere Ausrichtung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik auf die gegenwärtigen Gegebenheiten und eine zielgerichtetere Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter Betonung des Wachstumsaspektes, um eine nachhaltige Wirtschaftstätigkeit, die Erhaltung der Kaufkraft des Einzelnen und die Beschäftigung zu fördern;
- insbesondere eine wirkungsvollere Koordinierung innerhalb der Euro-Gruppe zu gewährleisten und auf dieser Grundlage ihre Rolle in europäischen Gremien und Einrichtungen zu stärken;

- die Ausrüstung der Systeme für Steuern und Sozialabgaben, um sowohl bessere Investitionen als auch einen angemessenen, für die Zukunft tragfähigen Sozialschutz sicherzustellen;
- eine Neuankurbelung des Binnenmarktes in zentralen Bereichen, wie z.B. dem Gemeinschaftspatent, und einfachere, klare Vorschriften;
- die Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmergeist einschließlich einer bestmöglichen Nutzung der Chancen, die das Sechste Forschungsrahmenprogramm bietet.

## **BESCHÄFTIGUNG**

Der EWSA unterstützt die drei Ziele (Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität, Zusammenhalt und integrativer Arbeitsmarkt) in dem Vorschlag zur Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie und befürwortet weniger, dafür aber stabilere und zielgerichtetere beschäftigungspolitische Leitlinien. Der Ausschuss erneuert seine Forderung nach einer besseren Koordinierung zwischen den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und der Beschäftigungsstrategie, um diese drei Ziele zu erreichen.

Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, die Sozialpartner und andere Organisationen der Zivilgesellschaft in die Aufstellung genauerer Ziele und Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene einzubeziehen. Diese müssen zur Verwirklichung der gemeinschaftlichen Ziele beitragen und von der Europäischen Kommission weiter verfolgt werden. Im Rahmen der Beschäftigungsstrategie unternommene Schritte müssen den Erfordernissen der Bürger und Unternehmen angepasst und individuell gestaltet sein. Dies erfordert ein partnerschaftliches Zusammenwirken der Akteure auf allen Ebenen.

Der EWSA dringt darauf, der Umsetzung von Leitlinien in folgenden Bereichen besonderes Augenmerk zu widmen:

- Grundbildung und lebenslanges Lernen
- Unternehmergeist
- Steuerung von Migrationsströmen
- eine für Menschen mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen offene Gesellschaft
- Geschlechtergleichstellung.

## **NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

Der EWSA bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die nachhaltige Entwicklung nach wie vor nicht ganz in die Lissabon-Strategie integriert ist und nicht als eine der für die Zukunft bedeutsamsten Aufgaben der EU gesehen wird.

Der Ausschuss fordert den Europäischen Rat auf, die nachhaltige Entwicklung auf seiner Frühjahrstagung erneut klar als eine übergeordnete Priorität für die Europäische Union herauszustellen, und betont die Interdependenz zwischen nachhaltiger Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, auf die in den Schlussfolgerungen des Göteborger

Gipfels hingewiesen wurde. Er betont die entscheidende Bedeutung von Forschung und Entwicklung für eine nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Lissabon-Strategie.

Der EWSA misst der Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Lissabon-Strategie mit praktischen, konkreten Schritten große Bedeutung bei. Dabei möchte er folgende Bereiche hervorheben, in denen die Integration besonders wichtig ist: tatkräftigere Unterstützung privater und öffentlicher Investitionen in neue, saubere Technologien und Anlagen, erneuerte Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität der Arbeit sowie eine neue, umfassende Konsultation zur Festsetzung der Preise für die Nutzung der Naturressourcen.

Auf längere Sicht wird die EU neue Strategien für ihre Energieversorgung und den schonenden Umgang mit Energie finden müssen. Der EWSA ruft den Europäischen Rat auf, den ersten Schritt hin zu einem kohärenten Vorgehen zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu machen.

\*

\* \*

Abschließend erinnert der EWSA daran, dass der Europäische Rat von Lissabon die Unternehmen, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft insgesamt dazu aufrief, aktiv an der Umsetzung der Lissabon-Strategie mitzuwirken. Die Umsetzung dieser Ankündigung in die Praxis ist dem EWSA ein besonderes Anliegen.

Brüssel, den 27. Februar 2003

Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

**Roger BRIESCH**

Der Generalsekretär

des Europäischen Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

**Patrick VENTURINI**

---

--

.../...

CESE 317/2003 (EN) JB-HB/js

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel, Tel.: +32 (0)2 546 90 11, Fax: +32 (0)2 513 48 93, Internet:  
<http://www.esc.eu.int>

**DE**

CESE 317/2003 (EN) JB-HB/js